wirtschaftliche Einfluß der Ruhroperation in Frankreich zieht, wird aus der französischen Handelsbilanz klar, die bei einer Einfuhrziffer im April dieses Jahres in Höhe von 2 560 198 000 gegenüber einer solchen im Januar in Höhe von 2 144 290 000 Franks eine Differenz von 415 908 000 Franks aufweist. Rechnen wir hinzu, daß die französische Eisenbahnregie im Ruhrgebiet und Rheinland Frankreich im ersten halben Jahr der Besatzung 180 Millionen Franks, die Zivilmissionen bisher 15 Millionen Franks und die Ruhrarmee 120 Millionen Franks gekostet haben, so erscheint es verwunderlich, daß das französische Volk sich durch die Verschleierungen und Vertröstungen Poincarés immer noch hinhalten läßt und nicht aus der dauernden Verschlechterung seiner Wirtschaftslage den Schluß zieht, daß es so nicht weitergehen kann und daß eine Verständigung — allerdings auf erheblich anderer Basis, als der von den Pariser Scharfmachern geforderten — im eigensten Interesse auch der französischen Wirtschaft immer notwendiger wird.

Eine Klärung über die Festmarklöhne.

Berlin, 27. August. Die vor einigen Wochen von der Zentralgemeinschaft eingesetzte paritätische Kommission zur Untersuchung zur Frage von Festmarklöhnen und -gehältern ist nunmehr zu einer Einigung gelangt. Danach soll als Grundlage der Meßzahl für die Anpassung der Löhne und Gehälter der Kleinhandelsindex dienen, doch sollen dabei der Dollarstand und die Großhandelspreise berücksichtigt werden, da ja der Kleinhandelsindex nur über die Verbrauchswoche Auskunft gibt, nicht aber über die voraussichtliche Preisgestaltung der Verbrauchswoche. Sollte sich herausstellen, daß die Kleinhandelspreise der Verbrauchswoche sich wesentlich höher stellen, als nach dem Dollarstand und den Großhandelspreisen zu erwarten war, so soll durch Nachzahlungen ein Ausgleich geschaffen werden.

Die gemeinsame Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat ferner auch über die Frage des Angestellten-Reallohnes verhandelt und ist auch hierin zu einer prinzipiellen Uebereinstimmung gelangt. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands, der verminderten Produktion und Erhaltung der Exportfähigkeit hält man zwei Drittel des Friedenslohnes als angemessene Grundlage für die Festsetzung der Tariflöhne.

Gleitender Lohn im Leipziger Buchhandel.

Leipzig, 26. August. Zwischen den Arbeitgebern und den Angestellten des Leipziger Buchhandels sind die Verhandlungen über wertbeständige Gehälter am Donnerstag zum Abschlusse gelangt. Zugrunde gelegt wird das Juligehalt, zu dem ein Ausgleichszuschlag (Entwertungsfaktor) von 75 Prozent kommt. Ein Viertel dieser Summe gilt als Grundgehalt für die künftigen Zahlungen, die wöchentlich zu erfolgen haben, erhöht von Woche zu Woche um den jeweiligen Reichsindexstand. So erhöht sich z. B. im Laufe dieser Woche das Gehalt der vorigen um 80 Prozent, da der Index eine Steigerung in dieser Höhe erfahren hat.

Ab 1. Sept. Briefporto 75000 Mk.

Berlin, 28. August. Es wird uns am 1. September wieder ein neuer Posttarif beschert werden, der mit der Indexzahl 750 000 arbeitet. Danach dürfte eine Fernkarte 30 000 Mk., ein Fernbrief 75 000 Mk., die Ortskarte 15 000 Mk., ein Ortsbrief 37 500 Mk., eine Auslandskarte 135 000 Mark, ein Auslandsbrief 225 000 Mk. kosten.

Weitere Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin, 26. August. Die mit Wirkung vom 20. d. Mts. ab nach dem Lebenshaltungsindex vorgenommene Erhöhung der Bergarbeiterlöhne hat in Verbindung mit der fortschreitenden Steigerung der Materialpreise eine abermalige Erhöhung der Kohlenpreise mit Wirkung ab 27. August nötig gemacht. Die Preisfestsetzung erfolgte wieder auf Grund der durch Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 9. August d. Js. festgelegten Berechnungsweise. Dem Wunsche des Reichswirtschaftsministers auf beschleunigten Abbau des im Preise enthaltenen Geldentwertungszuschlags wurde dadurch Rechnung getragen, daß dieser zunächst um ein Fünftel herabgesetzt und weiterer Abbau in Aussicht genommen wurde. Zum Ausgleich hierfür wird ab 27. August 1923 eine auf den Kohlenpreis abgestellte Wertbeständigkeit der Zahlung eingeführt, die einerseits für geforderte Vorauszahlungen, anderseits auch für verspätete Zahlungen gilt. Einschließlich Kohlensteuer, Umsatzsteuer und der Beiträge für den Bergarbeiterheimstättenbau und den Handelsaufschlag beträgt hiernach ab 27. August 1923 der Preis pro Tonne für Oberschlesische Steinkohlen 58,040 Millionen; für Mitteldeutsche Braunkohlenbriketts 37,490 Millionen; für Ruhrfettförderkohle 70,707 Millionen.

Hierzu wird weiter vom Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt: Die auf Grund der Beschlüsse des Reichskohlenverbandes sich ergebenden Preise übersteigen auch diesmal die auf dem Weltmarkt geltenden Kohlenpreise wieder in bedrohlichem Maße. Der Reichswirtschaftsminister wird bei den am 31. d. Mts. fortzusetzenden Erörterungen des Reichskohlenrates erneut auf restlosen Abbau des Entwertungszuschlages dringen. Ferner kann damit gerechnet werden, daß der Reichskohlenrat in seiner nächsten Sitzung endgültig zu der auf Wunsch des Finanzministeriums zunächst zurückgestellten Beseitigung der Kohlensteuer Stellung nimmt.

Poincares hinkender Vergleich.

Paris, 26. August. In seiner gestrigen Rede in Chancey entwarf Poincaré ein Schreckensbild dessen, was geschehen wäre, wenn Deutschland im Weltkriege den Sieg davongetragen hätte. Nachdem er alle Länder aufgezählt hatte, die Deutschland nach einem erfolgreichen Ausgang des Krieges unterjocht hätte, betonte er die Mäßigung, die Frankreich Deutschland gegenüber gezeigt habe, und fuhr fort: Deutschland ist nicht einmal gezwungen worden, uns unsere Kriegskosten zurückzuerstatten, nur die Reparation des materiellen Schadens, den es verursacht habe, ist ihm auferlegt worden. Ist dies denn wirklich eine so schwerwiegende Verurteilung? Im Kriege 1870/71 hat Deutschland, das nicht betreten wurde, und das im Gegenteil einen großen Teil Frankreichs besetzt hatte, keinerlei Schaden erlitten. Es hatte keine Reparationen zu verlangen, aber es hat sich seine Kriegskosten bezahlen lassen und es hat uns eine Entschädigung von 5 Milliarden auferlegt. Das war für die damalige Zeit eine enorme Summe. Wir haben nicht nur diese Summe bezahlt, sondern wir haben sogar unserm Gläubiger aus Loyalität gegenüber uns Geld zu verschaffen gesucht, um unsere Schulden zu bezahlen. Dies war übrigens nicht die einzige Ausgabe, die wir zu entrichten gehabt haben. Der Krieg hatte uns ungefähr zwei Milliarden Mark Kosten verursacht. Wir hatten mehr als 3660 Millionen Steuern und Einkünfte verloren. Wir hatten mehr als 340 Millionen Okkupationskosten für die deutschen Armeen zu bezahlen, ferner 77 Millionen für die Verpflegung von Paris während der Belagerung, mehr als eine halbe Milliarde Mark für die Militärpensionen, 12 Millionen für die Entschädigungen unserer Mitbürger, die durch Kriegsschäden Nachteile erlitten hatten, 42,5 Millionen Zurückerstattungen von Steuern, die an die Deutschen bezahlt worden waren, 15½ Millionen für Liquidierungen, 140 Millionen Entschädigungen an die Stadt Paris, 19 Millionen an die Gesellschaft der Ostbahnen und noch sonstige viele Zahlungen. Außerdem hatten wir zwei Provinzen verloren, und diese so schmerzlichen Verluste brachten ein ständiges Defizit mit sich, da die Steuern und Einkünfte aus den abgetretenen Gebieten von da an für uns verloren waren. Ich nenne keine Gesamtziffer, da noch lange nicht die Liste dieser Ausgaben erschöpft ist. Aber die Zahlen, die ich nenne, können nicht bestritten werden. Sie stammen aus amtlichen Dokumenten, die nach dem Kriege zusammengestellt worden sind, und sie bieten ein wenig mehr Garantie für ihre Richtigkeit als die Zahlen, die gestern der neue deutsche Reichskanzler bezüglich der Zahlungen, die Deutschland bereits geleistet haben soll, angegeben hat. Die Reparationskommission hat die wirklich geleisteten Zahlungen gewissenhaft nach einer kontradiktorischen Untersuchung bewertet und bei ihren Feststellungen ist sie immer einmütig gewesen. Es ist also eitel, zu behaupten, daß Deutschland bereits 42 Goldmilliarden geleistet habe oder auch nur 25, wie sie ein Wirtschaftsinstitut in Washington angegeben haben soll, ein Institut, von dem es mir bisher unmöglich gewesen ist, festzustellen, was es ist. Diese schiedsrichterliche Schätzung zeigt uns auf alle Fälle, zu welchem sonderbaren Ergebnis wir kommen würden, wenn jemals internationale Sachverständige damit beauftragt werden würden, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bemessen, und ich brauche wohl in dieser Beziehung nicht zu sagen, daß unsere Ansicht sich in diesem Punkte nicht ändern kann. Um aber auf das, was Frankreich nach 1870 getan hat, zurückzukommen, so ist das in wenigen Worten das folgende:

Wie große Lasten unsere Ausgaben auch darstellten, so ist es uns doch gelungen, sie zu leisten, unsere Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, unsere nationale Ausrüstung wieder instand zu setzen und trotz der Verstümmelung, die wir erlitten hatten, unser Land wieder in die Höhe zu bringen und ihm seine Würde wiederzugeben. Haben wir, um diesen Aufbau vorzubereiten, Wunder vollbringen müssen? Nein! Wir hatten nichts zu versuchen, was unsere Kräfte überstiegen hätte. Wir haben gearbeitet, haben einen Beweis von bona fides und gutem Willen gegeben und wir sind in der Achtung der Welt gestiegen. Wir wollen uns unseren Feinden von gestern nicht als Beispiel hinstellen, aber, was wir vor 53 Jahren getan haben, das glauben wir, können sie heute versuchen. Können sie sich nicht dazu entschließen, dann werden sie uns zwingen, ihnen gegenüber die Drohung zur Ausführung zu bringen, die sie damals an uns gerichtet haben: Bezahlt uns oder wir bleiben!

Das „feierliche Wort" gegen „die Verleumdungen".

Paris, 26. August. Zu der Rede Poincarés in Chancey schreibt der „Temps" u. a.: In der Warnung, die Poincaré an Deutschland gerichtet hat, sei noch ein Gedanke enthalten, der die beste Rechtfertigung für die französische Politik darstelle: Deutschland zu sagen, bezahlt uns oder wir bleiben, d. h., ihm auch sagen, wir werden abziehen, wenn ihr bezahlt. Das feierliche Wort, das der Leiter der französischen Regierung heute ausgesprochen hat, stelle somit von neuem jene gehässigen Verleumdungen in Abrede, nach denen Frankreich nicht die Absicht gehabt habe, seine Reparationen einzutreiben, sondern fremdes Gebiet wegzunehmen.

Wichtige Wirtschaftszahlen.

	jetzt		vorher	
Außen-Entwertungsfaktor der Mark	24. 8.	763 630	17. 8.	700 000
Großhandelsindex (Statistisches Reichsamt)	23. 8.	1 246 598 fach	14. 8.	668 880 fach
Lebenshaltungskosten (Index d. Stat. Reichsamts)	20. 8.	758 783 fach	13. 8.	463 935 fach
Goldankaufspreis (für ein Zwanzigmarkstück)	20. 8.	14 680 000 ℳ	20. 8.	14 680 000 ℳ
Goldzollaufgeld	25. 8.	87 189 900 %	18.–24. 8.	96 899 900 %
Reichsbankdiskont	ab 2. 8.	90 %	ab 2. 8.	90 %
Papiergeldumlauf (in Milliarden ℳ)	20. 8.	246 198	7. 8.	62 300
Schuldbeschuß des Reichs (in Milliarden ℳ)	20. 8.	117 282	14. 8.	69 600
Kohlenpreis (Ruhrfettförderkohle 1 to)	ab 20. 8.	70 707 000 ℳ	ab 9. 8.	23 267 000 ℳ
Roheisen (Hämatit 1 to)	ab 14. 8.	70 000 000 ℳ	—	—
Stabeisenpreis (Thomasqualität 1 to)	ab 14. 8.	131 188 000 ℳ	ab 14. 8.	131 188 000 ℳ
Kupferpreis (Raffinade 1 kg)	ab 20. 8.	1 250 000 ℳ	ab 17. 8.	1 250 000 ℳ
Weizenpreis (märk., Berlin 50 kg)	24. 8.	9 400 000 ℳ	—	—
Buchhändler-Schlüsselzahl	23. 8.	1 000 000	20. 8.	900 000

Verdreifachung der schwebenden Schuld.

Laut Reichsanzeiger stieg vom 10. bis 20. August die schwebende Schuld an diskontierten Schatzanweisungen um 246,18 Billionen Mark auf 363,46 Billionen Mark. Der in der ersten Augustdekade eingetragene große Marksturz hat sich in der Berichtsdekade in einer gewaltigen Steigerung des Ausgabebedarfs des Reiches an persönlichen und sächlichen Ausgaben ausgewirkt, denen entsprechende Einnahmen noch nicht gegenüberstehen, da die Einzahlungen auf Grund der neuen Steuergesetze erst in den nächsten Dekaden in Erscheinung treten.

Stresemanns Zweckreise nach München.

München, 26. August. Zum Besuche des Reichskanzlers Dr. Stresemann wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: Der Reichskanzler hat anläßlich seines persönlichen Besuches beim bayrischen Ministerpräsidenten Gelegenheit genommen, die wichtigsten Fragen der Außen- und Innenpolitik, insbesondere auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Ländern, eingehend zu besprechen. Im Vordergrunde standen bezüglich der Innenpolitik Erörterungen über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die angesichts der augenblicklichen Notlage unverzüglich getroffen werden müßten. Dabei wurden in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reiche und Bayern erneut festgelegt.

Ein politischer Mord in Prag

Prag, 26. August. Die Polizei-Korrespondenz meldet: Heute um 11 Uhr vormittags wurde in Prag-Smichow der frühere bulgarische Gesandte in Prag, Rajko Deskaloff (ein Anhänger Stambulijskis), der sich in Begleitung von Dr. Bojadjeff befand, von dem 26 Jahre alten Athenaff Nikolaff aus Sofia überfallen, der auf ihn vier Schüsse aus einer Pistole abgab. Zwei Schüsse trafen Deskaloff in die Bauchgegend und verletzten ihn tödlich, während Dr. Bojadjeff ebenfalls, aber nur leicht verletzt wurde. Ein Polizeiagent entwandt dem Täter die Waffe. Dieser wurde dem Sicherheitsdienst übergeben, der sofort eine Untersuchung einleitete. Deskaloff wurde in ein Sanatorium gebracht, ist aber im Verlaufe der Operation um ½3 Uhr nachmittags seinen Verwundungen erlegen. Dr. Bojadjeff wurde ins Krankenhaus übergeführt.

Neuer Milliardenraub.

Paris, 26. August. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind von der französischen Kriminalpolizei in Essen 7 Milliarden Mark, die zur Lohnzahlung für Eisenbahner bestimmt waren, weggenommen worden. Eine weitere Summe von 37 Milliarden Mark an von der Stadt Essen herausgegebenem Notgeld sind gleichfalls bei einer Versammlung nicht arbeitender deutscher Eisenbahner weggenommen worden.

Sonderbündler unter belgischem Gendarmerieschutz.

M.-Gladbach, 27. August. Gestern hatten die Sonderbündler eine große Volksversammlung einberufen. Als die Sonderbündler erschienen, wurden sie zunächst von den Draußenstehenden am Betreten des Versammlungslokals verhindert, wobei es zu einer Schlägerei kam. Hierbei gab es durch Stockschläge mehrere Verwundete. Nachmittags traf belgische Gendarmerie ein, die den Sonderbündlern den Zutritt zur Versammlungshalle verschaffte. In der Versammlung wurden zwei Entschließungen angenommen, in denen die baldige Ausrufung der Rheinischen Republik und die Schaffung einer rheinischen Währung gefordert wurde. Nach Auflösung der Versammlung wurden die Versammlungsteilnehmer in geschlossenen Zügen von belgischer Gendarmerie nach dem Bahnhof gebracht. Wie nachträglich festgestellt wurde, fiel aus dem Versammlungsgebäude heraus ein Schuß, wodurch ein junger Mann am Bein verletzt wurde.

Zechenbesetzung.

Wattenscheid, 27. August. Die Franzosen besetzten gestern unter ziemlichem Truppenaufwand die Zechen „Zentrum" und „Fröhliche Morgensonne", um die dort lagernden Kohlen- und Koksvorräte abzutransportieren.

Mittags-Meldungen.

Devisenfreiverkehr.

Berlin, 27. August. Im heutigen Vormittags-Devisenfreiverkehr stellten sich die Kurse bei fester Haltung etwa wie folgt: Holland 2,3 Mill., England 26,27 Millionen, Amerika 5,8 Mill., Frankreich 830 000, Belgien 265 000, Schweiz 1 035 000, Italien 255 000, Prag 175 000, Schweden 1 550 000, Dänemark 1 090 000, Norwegen 955 000, Wien 8250, Poln. Noten 2200, Auszahlung Warschau 2100.

Freistaat Sachsen.

Handwerk und Gewerbe.

Von dem „goldenen Boden" des sächsischen Handwerks ist wenig übrig geblieben, denn die Lage im Gewerbe spitzt sich von Tag zu Tag immer mehr zu, zumal im Fleischergewerbe, denn das Schlachtvieh wird mit jedem Tage knapper und teurer, die Viehmärkte leeren sich und auch in den Fleischerläden herrscht gähnende Leere. Die Käufer haben den letzten Rest ihrer Kaufkraft eingebüßt, sie können die Millionenpreise nicht mehr erschwingen. In verschiedenen sächsischen Städten sind die Fleischerläden nur noch an drei Stunden am Tage geöffnet, in kleineren Gemeinden findet Fleischverkauf nur noch an einem einzigen Tage in der Woche statt. Typisch für die jetzige Lage im Fleischergewerbe ist auch der Umstand, daß es den Fleischermeistern der kleineren sächsischen Orte und Gemeinden nicht mehr möglich ist, ihren Schlachtviehbedarf beim Viehproduzenten, also beim Bauer, selbst zu decken. Der Viehproduzent ist entweder nicht mehr in der Lage, Vieh zum Schlachten abzugeben, oder aber er will seine hochwertige Substanz nicht gegen entwertete Papiermark eintauschen. Dem ländlichen Fleischermeister bleibt in solchen Fällen, die keineswegs vereinzelt dastehen, nichts anderes übrig, als den nächstgelegenen großstädtischen Schlachtviehhof aufzusuchen, um dort einzukaufen. Die auf diese Weise entstehenden Unkosten steigen bei den fast wöchentlich stattfindenden Erhöhungen der Eisenbahntarife ins ungeheuerliche.

Die Geldentwertung und Preisbildung spielen jetzt im Handwerk die größte Rolle. Das Wirtschaftsbarometer steht auf Sturm. Eine Sturmflut nach der anderen überschüttet das leuchtende Schiff. Das Handwerk erlebt in den jetzigen Tagen schwere Stunden. Die Industrie und der Großhandel haben rechtzeitig Vorsorge getroffen, damit sie das Geldentwertungsrisiko nicht allzu hart trifft. Beide verkaufen schon seit langer Zeit nur noch auf wertbeständiger Grundlage. Nur das Handwerk und Gewerbe mußten an der „Reichsmark" festhalten, da es an das große Heer der Inlandsverbraucher seine Erzeugnisse liefert, denen der Dollar oder das englische Pfund nur als Schreckgespenster bekannt sind. Der Preisbildung des Handwerks sind nach unten hin eiserne Schranken gezogen durch die mangelnde Kaufkraft der Inlandsverbraucher. Noch eins ist zu bedenken! Woher kommt die ungeheuere Kapitalkonzentration in der Großindustrie, in den Großbanken und im Großhandel? Sie ist zweifellos mit darauf zurückzuführen, daß ihnen der Kredit viel leichter zugänglich ist als dem Handwerk. Von dem „Papiergeldsegen" der Reichsbank hat lediglich das Großkapital den Nutzen gezogen. An das Handwerk und Gewerbe ist wenig von diesem „Papiergeldsegen" gelangt.

gs. **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen.** Die Höchstsätze zu der Erwerbslosenunterstützung betragen in der Woche vom 22.—28. August wöchentlich je nach der Ortsklasse für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, eine Mill., 940 000, 880 000, 820 000 ℳ, männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, beziehen bis zu 830 000, 770 000, 710 und 650 000 ℳ, männliche Personen unter 21 Jahren erhalten bis zu 600, 550, 510 und 480 000 ℳ, weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, beziehen wochentäglich bis 830, 770, 710, 650 000 ℳ, weibliche Personen über 21 J., sofern sie im Haushalt eines andern leben, erhalten bis zu 680, 630, 580 und 540 000 ℳ, weibliche Personen unter 21 Jahren erhalten bis zu 490, 430, 400 und 370 000 ℳ. Als Familienzuschläge werden wochentäglich gezahlt für den Ehegatten 350, 320, 290, 260 000 ℳ, für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige bis zu 290, 260, 230 und 200 000 ℳ.

Wettervorhersage.

Vorwiegend starke Bewölkung, zeitweise auch Niederschläge. Temperatur schwankend, aber nicht wesentlich verändert. Schwache bis mäßige Winde aus westlichen Richtungen.

SLUB
Wir führen Wissen.